



Deutsche Steuer-Gewerkschaft  
Telefon 0511 - 342044  
Telefax 0511 - 3883902  
[geschaeftsstelle@dstg-nds.de](mailto:geschaeftsstelle@dstg-nds.de)  
[www.dstgnds.de](http://www.dstgnds.de)

Hannover, 01. Mai 2026

## **Soziale Gerechtigkeit unter Beschuss – Verlässlichkeit statt Kahlschlag!**

**Zum Tag der Arbeit 2026 steht mehr auf dem Spiel als nur Tarifforderungen. Es geht um das Fundament unseres Zusammenhalts. Während die Belastungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst stetig steigen, erleben wir an vielen Fronten einen schleichenden Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung. Die DSTG Niedersachsen warnt: Wer bei der sozialen Sicherheit und der Bildung spart, gefährdet die Stabilität unserer Demokratie.**

### **1. Die Erosion der Zusage: Rente und Beamtenstatus**

Seit Jahrzehnten gilt das Versprechen einer lebensstandardsichernden Altersvorsorge. Doch die politische Rhetorik verschiebt sich: Die gesetzliche Rente wird plötzlich nur noch als „Basisabsicherung“ definiert. Parallel dazu gerät der Beamtenstatus und das damit verbundene Alimentationsprinzip immer wieder in die Schusslinie populistischer Sparzwänge.

**Unsere Position:** Der Beamtenstatus ist kein Privileg, sondern die Voraussetzung für einen funktionierenden, neutralen Rechtsstaat. Wer die Sicherheit im Alter infrage stellt, entzieht dem öffentlichen Dienst die Attraktivität, die er im globalen Wettbewerb um Fachkräfte dringend benötigt. Wir fordern ein klares Bekenntnis zur Verlässlichkeit der Altersversorgung!

### **2. Die Spirale der Überlastung: Mehr leisten, weniger bekommen**

Die Realität in den Finanzämtern ist geprägt von Personalmangel und Arbeitsverdichtung. Die Forderung der Politik ist paradox: Wir sollen länger arbeiten, eine immer komplexere Gesetzgebung bewältigen und gleichzeitig akzeptieren, dass die Reallöhne und die soziale Absicherung unter Druck geraten.

**Unsere Position:** Wachstum und Wohlstand entstehen nicht durch die Auspressung der Beschäftigten. Wir brauchen Investitionen in Personal und Infrastruktur, statt einer „Mehr-Leisten-mit-weniger-Mitteln“-Mentalität, die zwangsläufig in den Burnout führt.

### 3. Der drohende Kahlschlag 2026: Ein Angriff auf die Zukunft

Das aktuelle Warnsignal des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (Papier „Drohender Kahlschlag 2026“) erfüllt uns mit großer Sorge. Besonders die geplanten Kürzungen bei den **Schulassistenzen** sind ein bildungspolitischer Offenbarungseid mit fatalen Kettenreaktionen:

- **Bildungschancen:** Kinder mit Unterstützungsbedarf werden abgehängt. Inklusion wird so zur Farce.
- **Wirtschaftliche Folgen:** Wenn die professionelle Assistenz wegbricht, stehen Eltern – in der Praxis meist Mütter – vor dem Nichts. Sie werden gezwungen, ihre Erwerbsarbeit aufzugeben oder drastisch zu reduzieren, um die Lücke zu füllen. Dies verschärft den Fachkräftemangel und treibt Familien in die Armut. Dies werden wir auch in der Niedersächsischen Finanzverwaltung spüren. Auch hier sind viele Familien davon betroffen.
- **Arbeitsmarkt:** Tausende qualifizierte Schulassistenten verlieren ihre Existenzgrundlage.

**Unsere Position:** Sparen bei der Bildung und der Inklusion ist die teuerste Form der Haushaltskonsolidierung. Wir fordern das Land Niedersachsen und den Bund auf, diesen Kahlschlag zu stoppen!

### 4. Inklusion ist keine Privatsache: Kritik an der BGG-Novellierung

Die geplante Novellierung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) droht, die Privatwirtschaft aus der sozialen Verantwortung zu entlassen. Barrierefreiheit darf nicht nur eine Option sein, die man wählt, wenn sie „bequem“ ist. Wenn die Wirtschaft keine verbindlichen Vorgaben zum Abbau von Barrieren mehr erhält, werden Millionen Menschen systematisch ausgegrenzt.

**Unsere Position:** Soziale Gerechtigkeit bedeutet Teilhabe für alle. Eine Aufweichung der Standards zur Barrierefreiheit ist ein Rückschritt hinter mühsam erkämpfte gesellschaftliche Standards. Die Wirtschaft trägt eine soziale Verantwortung, der sie sich nicht entziehen darf.

---

## **Unser Fazit zum 1. Mai**

Als DSTG Niedersachsen sagen wir deutlich: **Soziale Sicherheit ist die Basis für Steuergerechtigkeit.** Nur ein Staat, der seine sozialen Versprechen hält und in die Zukunft seiner Kinder investiert, kann von seinen Bürgerinnen und Bürgern Akzeptanz erwarten.

Wir fordern:

1. **Schluss mit der Debatte um Rentenkürzungen und die Infragestellung des Beamtenstatus.**
2. **Stopp des Kürzungsdiktats im Bildungs- und Sozialbereich – Erhalt der Schulassistenzen!**
3. **Verbindliche soziale Verantwortung für die Wirtschaft – Barrierefreiheit jetzt!**

**Die DSTG Niedersachsen steht für einen starken Staat, der schützt, statt zu streichen. Für uns ist der 1. Mai ein Tag des Widerstands gegen die soziale Kälte!**

---

*DSTG Niedersachsen Hannover, zum 1. Mai 2026*